

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Telephon-Nummern
88 - 89 - 98

Der Abonnementspreis beträgt durch Vaten oder durch die Post bezogen monatlich 160 Mark
Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum, Druck: G. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Bismarckstr. 38-42

Telegraphisch-Adresse
Hilfsverband Bochum

Schreckliches Grubenunglück in Oberschlesien. Weit über hundert Tote.

Am 31. Januar ereignete sich auf der Heinitzgrube in Deutsch-Oberschlesien eine gewaltige, folgenschwere Kohlenstaubexplosion. Sie soll auf dem Röhnhildschacht bei Birkenhain erfolgt sein. Die Explosion muß mit einer furchtbaren Gewalt den Grubenbau durchdrast haben. Der gesamte Betrieb wurde zum Stillstand gebracht. Die letzten, vor Reaktionsstillstand eingegangenen Nachrichten melden 117 Tote und 24 Vermißte. Wegen Gasvergiftung mußten eine Anzahl Verletzte - 70 nach vorliegenden Meldungen - ins Krankenhaus geschafft werden. Tief erschüttert stehen wir an diesem neuen Massengrab. Den Hinterbliebenen dieser neuen Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit sprechen wir unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Noch steht Oberschlesien und die gesamte deutsche Bergarbeiterschaft unter dem tieftraurigen Eindruck des schrecklichen Brandunglücks auf der Abwehrgrube. Noch liegen dort unten 42 tote Kameraden eingeschlossen - das Brandfeld ist eingedämmt, ihre Vergeltung unmöglich - als die neue noch furchtbarere Kunde von dem Explosionsunglück auf der Heinitzgrube die Welt durchschallte. Gewiß, jeder Beruf fordert seine Opfer und der Bergbau steht mit seinen Unfallziffern nicht mal an erster Stelle. Diese Massenunglücke im Bergbau sind jedoch etwas Furchtbares! Der Ruf: „Grubenexplosion!“ oder: „Die Grube brennt!“ löst bei allen, die ihre Ernährer, Angehörigen oder Kameraden in dem vom Schweiß und Todesgefahren geschwängerten Untergrund wissen, furchtbares Entsetzen aus. Weiß man doch, daß der Grubentod im Augenblick hunderte von Menschenleben vernichten kann. Und kein Entkommen gibt es in der Grube. Wer von der Explosionsflamme oder von aiftigen Schwaden ereilt wird, bleibt auf der Strecke. Massenunglücke lösen auch die Teilnahme aller Volksgenossen aus, aber auch nur dann; sonst denken die meisten Mitmenschen nur wenig an den Bergmann, nicht an die Gefahren, die ihn hundertfach umlauern. Das Herz krampft sich zusammen, denkt man bei solchen Gelegenheiten an die abscheulichen Verhimmungen, die eine gewisse bürgerliche Prehemente den Bergarbeitern zukommen läßt.

Der Bergbauberuf ist ein kostbares Gut der ganzen Nation, der ganzen Welt. Dieses Gut zu schützen, sollte

Angabe aller Menschen sein. Selbst in Deutschland, wo wir nicht die schlechteste Gesetzgebung haben, läßt der Bergarbeiter noch viel zu wünschen übrig. Seit Jahren ist den Bergarbeitern ein Reichsbürgersgesetz versprochen. An seine Schaffung denkt scheinbar niemand. Neben den Betriebsräten, die bei Unfällen sich an der Untersuchung mitbeteiligen, ist in Preußen das Grubensicherheitsamt mit seinen Ausschüssen eingeführt worden. In der kurzen Zeit des Bestehens haben diese besonders in der Aufklärung der Unfallursachen Szenenreiches geleistet. Die Rechte der Grubensicherheitskommission bzw. ihrer einzelnen Mitglieder müssen jedoch erweitert werden. Auch sind in den Einzelstaaten und selbst in den Verbänden die Verbaue- und Verwaltungsverordnungen sehr verschieden. Hier muß für ganz Deutschland eine Einheit geschaffen werden und zwar durch ein Reichsberggesetz.

Wir sind nicht imstande, über die Ursache dieser furchtbaren Explosion jetzt schon irgend ein Urteil abgeben zu können. Wir verlassen uns auf die Untersuchung der Grubensicherheitskommission. Eins aber muß jetzt schon gesagt werden: Auf der Heinitzgrube mußten unachtere Kohlenstaubmengen abgebaut werden, sonst konnte die Explosion nicht eine so gewaltige gewesen sein. In Oberschlesien mehren sich die Massenunfälle; soll nicht auch eine Hebermannung der Kräfte vorliegen? Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß je schlimmer die Lage nach Kohlen, desto größer die Unfallgefahren, die Massenunglücke werden.

Kohlenstaubexplosion! Der grimmigste Feind des Bergmanns ist heutzutage nicht den sich häufenden Grubenbränden der Kohlenaub. Schlagwetterexplosionen mit solchem Ausmaße sind heute infolge unserer Bergbautechnik fast unmöglich. Auch sind die Schlagwettergefahren dem Bergmann gefahrlos. er würdigt sie, seit Jahrzehnten löst das Wort „Schlagwetter“ ein Grauen in ihm aus. Die wirklich größere Gefahr des Kohlenstaubes wird noch von vielen Bergarbeitern verkannt. Hier muß eingeleitet werden durch Gesetzgebung, Belehrung und mit geeigneten technischen Mitteln.

Im Interesse der Bergarbeiter und des deutschen Bergbaues ist es notwendig, daß die wahren Ursachen rücksichtslos aufgedeckt werden.

Anlässlich dieses schweren Grubenunglücks richtete der Reichspräsident an den Oberbürgermeister von Deuben folgendes Telegramm:

„Schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Heinitzgrube bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der in ihrem Beruf ums Leben gekommenen Bergleute meine herzlichste Anteilnahme auszudrücken und Verwallung und Betriebsrat der Grube mein aufrichtiges Mitgefühl zu übermitteln. Als erste Hilfe für die zahllosen Opfer der Katastrophe habe ich Ihnen heute einen Betrag von 2 Mill. Mark überlesen. Reichspräsident: Ebert.

Der preussische Ministerpräsident überwies gleichfalls 2 Millionen Mark zur ersten Hilfeleistung für die Opfer nach Oberschlesien.

Was not tut.

Die Folgen des Rechtsbruches an der Ruhr haben sich in einer weiteren harten Entwertung des Geldes ausgedrückt. Diese Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwicklung des Dollarkurses in der Preisentwicklung in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe überhafter nach oder gar vorauszuweisen. Diese Zurückhaltung veranlassen wir von allen beteiligten Kreisen mit größtem Nachdruck. Anzustreben ist vielmehr, die Preisentwicklung trotz der ungünstigen Gestaltung der Währungskurse mit allen Mitteln auch unter Opfern in erträglichen Grenzen zu halten. Insofern den Preissteigerungen eine entsprechende Befestigung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeitgeberseite mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen, von den Arbeitnehmern in Anerkennung der Schwierigkeiten geführt werden, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands auch für dessen Wirtschaft ergeben haben oder noch ergeben werden. Von beiden Seiten wird verlangt, daß mit Rücksicht auf die Gesamtlage alle Verhandlungen vom Geiste der Verantwortung und vom vorbehaltlosen Willen zur schnellen Verständigung getragen werden.

Berlin, den 24. Januar 1923.

- Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen. - Deutscher Handwerks- und Gewerbelinnertag. - Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie. - Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. - Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft. - Reichsverband der Bankleitungen. - Reichsverband der Deutschen Industrie. - Reichsverband der Privatversicherungen. - Reichsverband des Deutschen Handwerks. - Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes. - Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels. - Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. - Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. - Zentralverband des Deutschen Großhandels.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. - Deutscher Gewerkschaftsbund. - Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellter u. Beamtenverbände. - Allg. Deutscher Beamtenbund. - Deutscher Beamtenbund.

Der Wille der Arbeitnehmerschaft, nicht zu tuschen vor dem französischen Dajonett, ist fest und unüberwindlich. Wie kämen auch gerade wir dazu, den kapitalistisch-militaristischen Lockungen und Versprechungen zu vertrauen, auch wenn sie sich in das Gewand französischer Demokratie hüllen, auch wenn sie uns Hilfe gegen unseren Kapitalismus zusichern? Wir wissen, daß der internationale Kapitalismus der Feind der Arbeiterklasse ist. Er kämpft jetzt den Endkampf um das Ergebnis des Weltkrieges, um die Petroleumquellen im Osten und um den Markt an der Ruhr wird gekämpft, weil ihre Beherrschung der siegenden Gruppe eine überragende Stellung in der Weltwirtschaft verleiht. Auf dem Rücken der Arbeiterschaft wurden bisher die Kämpfe der kapitalistischen Gruppen ausgegossen, so soll es nach dem Willen der Herrschenden in der Wirtschaft auch in Zukunft sein. Das französische Volk feuert unter Militarismus und Steuerdruck und wir Deutsche zahlen für Eier und Dummheit unserer Herrschenden im Krieg mit Hunger und Elend. Nie keinen Augenblick und keine Stunde, dürfen wir den unüberbrückbaren Gegensatz vergessen, der uns von den Kapitalisten trennt.

Und doch bilden wir eine Einheitsfront mit ihnen? Nennen wir es so oder nennen wir es Notgemeinschaft oder wie wir wollen: Diese Abwehrfront gegen französische Gewalt müssen wir halten, so lange Riele und Mittel des Kampfes von uns verantwortet werden können. Das Ruhrkarikett ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Wenn französische Militärischen und Kapitalisten darüber verfügen, wird das Elend des deutschen Volkes größer und größer! In Millionen Gütern kann Arbeits-

losigkeit und Hunger einkehren, Krankheit und Tod werden noch grauigere Ernte halten, wie sie es jetzt schon unter unserem unterernährten Volke tun. Wie kämen wir dazu, dies Elend zu fördern, indem wir französischem Imperialismus sein Spiel erleichtern? Frankreichs Sozialpolitik ist rüchständiger als die deutsche, Frankreichs Bergleute haben eine 1/2 Stunde längere Schichtzeit als die deutschen Bergarbeiter, Frankreichs Arbeiterbewegung wird mit brutaler Militarität niedergehalten. Haben wir Sehnsucht danach, ebenso behandelt zu werden? Wahrscheinlich nicht und deshalb auch haben wir alle Veranlassung, an unserem Standpunkt vernünftiger, entschlossener Abwehr festzuhalten.

Aber nicht bedingungslos können wir in dieser Abwehrfront stehen. Ziele und Mittel des Kampfes müssen vernünftig sein, müssen dem Wohl unseres Volkes und der Welt dienen! Es ist heute nicht an der Zeit über deutsche Katastrophopolitik, wie sie von Einzelnen und einzelnen Gruppen gemüht wurde, zu reden. Wir haben sie abgewehrt und werden sie weiter abwehren, wo sie aufzudehen sollte. Solange uns das gelingt, ist eine Vorbedingung für unseren Abwehrkampf gegeben.

Aber wer kämpfen soll, muß leben können! Hier liegt die andere, wichtigste Bedingung: erfolgreiche Widerstand! Wahnsinnig ist der Wert, der Markt gefallen, was unsinnig sind die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse geblieben.

In der vierten Januarwoche erreichten die 44 Waren, deren Großhandelspreise von der „Industrie- und Handelszeitung“ erfasst werden den 481fachen Stand der Friedenspreise. Es stiegen nach diesen Feststellungen: Kohle, Eisen, Metalle, Baumstoffe, Leder um das 454,54fache; Textilwaren um das 3187,99fache; Säute, Felle, Leder, Gummi um das 3824,43fache; Getreide, Mehl, Hartostfeln, Düngemittel um das 2481,52fache; Fleisch, Fische, Netze, Zucker, Milch um das 2815,37fache.

In Wirklichkeit scheinen uns diese Ziffern, besonders für lebensnotwendige Bedürfnisse, Nahrungsmittel usw. im Kleinhandel schon weit überhöht. Die Ursachen liegen auf der Hand: Beamte und Angestellte, Arbeiter und selbstverständlich alle Leute, die überflüssiges Geld haben, legen (soviel wie möglich) Geld in solchen Waren an, die dem Staatler erinnert an die Anstaltskässe im August 1914, das treibt natürlich die Preise in die Höhe aber darüber hinaus ist vielfach eine Preistreibererei zu beobachten, gegen die mit allen Mitteln vorgegangen werden sollte. Was nützen uns Milliardenpenden für die Ruhrhilfe, wenn Industrie und Handel mehr wie je dem Volke das Fell über die Ohren ziehen? Ohne Rücksicht auf die Gefährdung des Abwehrkampfes werden Preise wahninnig gesteigert, wird Milch zu Butter für 6- bis 7000 Mk. verarbeitet, während unserer Allerkleinsten, unseren Säuglingen die Milch fehlt. Und so könnten wir Beispiel an Beispiel reihen für die betäuselte und zugleich unvernünftige Profitgier, die die beste Verbündete der Franzosen ist. Hier liegt die allergrößte, nächste Gefahr. Hunger frisst allen Mut auf und deshalb haben die Verantwortlichen im Lande die Pflicht, wahrzumachen, was der Aufruf an der Spitze dieses Art'fels fordert und veripricht.

Auch die Bergbauunternehmer haben ehrlich die Konsequenzen aus dieser Erklärung zu ziehen. Wir verlangen nicht die Schwierigkeit negenständig einen Modus zu finden, der den Lohn automatisch an die Preise anlehnt. Aber der Bergmann ist noch über dran als andere Berufs, weil er 40-Prozent seines Dezemberlohnes erst Ende Januar erhält und diesen Teil des Januarlohnes erst Ende Februar erhalten

soll. Demgegenüber und bei der wahninnigen Preisentwicklung sind die bis 9000 Mk. Sonderzulage für Januar ein Tropfen auf einen heißen Stein, zumal sie erst bis zum 3. Februar ausgezahlt werden brauchen und zum anderen deshalb, weil der Restlohn aus dem Dezember vielfach außerordentlich niedrig ausgefallen ist. Hier muß geholfen werden. Wenn diese Zellen in die Hände der Kameraden gelangen, werden sie aus der Lageklemme helfen, welchen Erfolg die von den Organisationsionen über diese Frage eingeleiteten Verhandlungen gehabt haben. Wir rechnen auf Ferrunt und Einriekt bei den Unternehmern und der Regierung!

Wir denken heute nicht an die Gefahr der Zukunft, die in einer möglichen Verständigung französischer und deutscher Kapitalistenkreise liegt. Wenn diese Gefahr kommt, wird sie uns gerettet finden.

Heute steht der Feind im Ruhrgebiet, ihn wollen wir abwehren helfen, aber dazu müssen Mittel und Ziele des Kampfes von uns dauernd abhiltat werden können und unsere Bevölkerung muß vor dem Hunger geschützt werden, denn: Hunger frisst allen Mut auf!

Die Internationale und der Krieg an der Ruhr.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) der Zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Januar 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene tragische Lage zu prüfen.

In Uebereinkimmung mit den früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) anacommuneren und vom Weltfriedenskongress im Haag im Dezember letzten Jahres feierlich bestätigten Resolutionen verurteilen sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebietes und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen in der Lösung der Reparationsfrage.

Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die unter dem Vorwand des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und einauschließt - nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigsten Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Arlege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier, ihr Interesse einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Abhiltaten und die Herbeiführung eines wahrer Friedens.

Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker an wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten, unbedingt notwendigen und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden ernsten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Reim zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen hier Politik der Gewalt eine Friedens- und Rechtsänderungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Sie beschließen:
1. die Organisations- und Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken;

2. In ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, ausdehnen zu erhalten und zu stärken;

3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkervertrag angriffen wird, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen aufgenommen werden muß.

Sie lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter speziell auf die wichtigsten Klagen und fordern sie auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die gegenwärtigen und künftigen Pläne des Imperialismus und Militarismus zu vereiteln und so zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen.

Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Vergiftung durch die Lüge, der bürgerlichen Presse, die ebenso wie im Kriegsbezug wieder begonnen hat in allen Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, die größten Ungehörlichkeiten zu verbreiten, um die Völker gegeneinander zu hetzen.

Zusätzlich weisen sie auf die Lüge der Regierungen hin, daß sie nur gegen die deutschen Kapitalisten vorgehen, während doch die ersten Opfer ihrer Aktion die deutschen Arbeiter sind, deren gemeinschaftliche und sozialistische Organisationen die Politik Deutschlands im Rahmen des Möglichen Wiederherstellungen zu leisten, anerkennen haben und auch heute anerkennen und so der Demoralisierung die sicherste Garantie für die Verwirklichung eines wahren Friedens geben.

Sie stellen fest, daß die sozialistischen und gemeinschaftlichen Organisationen von Frankreich und Belgien nachdrücklich und klar in den Parlamenten, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gegen den Frieden gefährdenden Völkervertrag ihrer Regierung protestieren und alles getan haben, was angesichts der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der jetzigen Macht des reaktionären Kapitalismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenerem Auftreten zu bewegen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen.

Im Interesse dieser Friedensgarantie, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Verschärfung der europäischen Wirtschaft entgegenzuwirken, muß das Selbstproletariat, insbesondere aber das französische und belgische Proletariat, aufgefordert, sich für den sofortigen Rückzug aller Disputationsstruppen aus dem Ruhrgebiet einzusetzen, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung, und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Die Komitees der internationalen Organisationen stellen sich den nationalen Organisationen zur Verfügung, um den Vereinbarungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

Aus der internationalen Arbeiterpresse sei erwähnt:

„Le Peuple“, die Pariser Tageszeitung der französischen Gewerkschaften, schrieb am 12. Januar: „Deutschland von der Ruhr abzuwehren heißt ihm die Grundlage seiner wirtschaftlichen Aktivität rauben; heißt, eine Krise heraufzubeschwören, deren Folgen nicht vorausgesehen werden können. Man hat in Frankreich oft von dem Wohlstand der belgischen Industrie gesprochen. Man hat aber nicht genügend bemerkt, daß die militärische Operation gerade in einem Augenblick einsetzt, wo die Zahl der Arbeitslosen, die bisher belanglos war sich plötzlich verdreifacht hat. Das Wirtschaftskatastrophen Deutschlands jetzt drohen heißt die ohnehin beklagenswerte Lage seiner Arbeiterklasse erschweren; heißt das Risiko der Arbeitslosigkeit zu den Lebensbedingungen, die durch die Unzulänglichkeit der Löhne hervorgerufen sind, die die Kosten des Lebensunterhalts nicht mehr einhalten können; das heißt, die Arbeiter, die das wesentliche Element der nationalen, gebrechlichen und unruhigen deutschen Republik sind, in der zweifelhafte Lage bringen; es heißt, nicht etwa die Kapitalisten treffen, die ihre Vorkehrungen getroffen haben, sondern die Massen, die bisher gegen die Vermählungen der Reaktion einen festen Saugpunkt gebildet haben; das heißt, sie in der Herabsetzung beharren, daß sie nicht von der Demokratie zu erwarten haben, ist die sie ihr Leben auf sich genommen und ihr Blut vergossen haben; das heißt, sie dem Extremismus ausliefern, der „Jacquerie“ von links oder den Purgen der Rechtsen und der Reaktion.“

„De Volksgeziet“ (Amsterdam) vom 11. Januar: Welches Interesse hat Belgien an dieser Angelegenheit? Wir müssen bezahle werden. Wir müssen Geld haben. Wir brauchen Produkte. Wir müssen in die Lage kommen, unsere Schuld zu zurückzahlen und die zerstörten Gebiete unseres Landes wieder aufzubauen. Dies und nichts anderes ist das Ziel, das wir erreichen müssen. Das können wir uns nur in geringem Maße durch Annahme des englischen Vorschlags; das heißt, wir aber ganz und gar nicht dadurch, daß wir mit unserer Armee Frankreich ins Ruhrgebiet folgen. Alles Bluff, alles Kriegsgeheiß der Ueberpartei ist die Tatsache nicht aus der Welt, daß in diesem Lande der ganze Betrag der von Deutschland bezahlten Wiedergutmachung für die Besetzung verbraucht wurde. Und nun fordert man die Geleis, noch mehr Soldaten nach Deutschland zu schicken und damit unternehmenderweise die Kosten um viele, vielleicht Hunderte von Millionen nach zu vermindern. Und warum das alles? Um Deutschland durch Waffengewalt zu zwingen, mehr zu bezahlen, sagt Poincaré. Aber das geht auf keine Weise mehr zu bezahlen, muß Deutschland mehr produzieren. Die Bergarbeiter und Metallarbeiter von Eisen und

Stahl werden sich schärfstens dafür bedanken, die Welpolitik Poincarés zu unterstützen. Wir sind doch als Belgier, welchen heldenmütigen Widerstand damals unsere Arbeiter der belgischen Besetzung leisteten. Werden die deutschen Arbeiter nicht ebenso handeln gegen die fremde Besetzung? Selbstverständlich! Mit Frankreich nach der Ruhr! So jubeln unsere Liebesvater. Neuen Ueberlieferungen, neuen Kriegen entgegen, sagen wir. Und gerade weil wir das wissen und weil wir die heilige Ueberzeugung haben, daß dieses militärische Spiel keinen Centime in unsere Taschen bringt, daß damit kein einziges zertrümmertes Haus wieder aufgebaut wird, weigern wir uns, zu diesem verwerflichen Vorhaben unsere Hand zu bieten.“

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ vom 10. Januar: „Der französische Plan geht offensichtlich dahin, mit den militärischen Maßnahmen auf Teufel und Boden einen Druck auszuüben um von ihm größere Zugeständnisse zu erhalten, als sie die Reichsregierung in Paris annehmen wollte. Aber da wird sich die französische Regierung wohl als falsch erweisen: die Reichsregierung wird die Gewalttäter ruhig gewähren lassen, um die Gewalttäter abstrudeln zu lassen. Poincaré will Donnerstag in der Kammer sprechen, um über die glorreiche Besetzung des Ruhrgebietes zu berichten; aber die Frage wird dann auch für ihn sein: Was nun? Denn mit Gewalt unterstützt man zwar Deutschland, macht es aber nicht zahlungsfähig, und das Sanktionen gegen Frankreich wird die Franzosen schon ohnmächtig darauf bestehen, was sie da anrichten. Und wenn sich auch die englische Regierung besser verhält und die amerikanische Regierung vorläufig nicht eingreift, obwohl es nicht ausgeschlossen ist, daß der französische Regierung die Sanktionen nicht verheißt wurden, die man in Washington begehrt, so unterliegt es dennoch keinem Zweifel, daß man sowohl in England wie in Amerika die französische Politik als ein Verhängnis für Europa betrachtet und beklagt. Wegen dieser allgemeinen Meinung wird sich die französische Verblöndung dauernd auch nicht zu behaupten vermögen.“

Der „Proletarier“ das luxemburgische Gewerkschaftsorgan, schrieb am 27. Januar u. a.: „Es nicht geteueren Waren mögen einen Wert von 30 Millionen Franken haben. Um dieser Summe willen ist es ein unermessliches Land mit einer kriegsmächtigen Armee überfallen und die Arbeit des bedeutendsten Industriegebietes des Kontinents einfindlich gestört worden. Millionen Arbeiter sind mit Entregung, Entwürdigung und Enttäuschung konfrontiert. In der nächsten Woche werden die nächsten Wochen Hunger und Hunger für zahllose Arbeiterfamilien. Es ist entsetzlich, daß durch die schmerzhaften politischen arbeitsfähigen, arbeitswilligen Menschen an Arbeit und Verdienst gebindert werden. Das ist der erbarmliche Fluch des Kapitalismus, daß er brave, fleißige Leute arbeitslos macht — und sie ihrer Fein überläßt!“

Die Kohlenlage Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens.

Gegenüber der Besprechung, die das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes am 29. November 1922 mit den Mitgliedern der Reparationskommission hatte, wurde von einer Berechnung der Reparationskommission gesprochen, wonach der Kohlenbedarf der einzelnen Länder im Vergleich zum Jahre 1913: 22 gedeckt werden ist in Deutschland um 64,7 Prozent, in Italien um 78,75 Prozent, in Frankreich um 68 Prozent und in Belgien um 62 Prozent.

Wir haben uns bemüht, gegenüber diesen Behauptungen der Reparationskommission genaue Zahlen über die Kohlenlage der verschiedenen Länder im Jahre 1922, verglichen mit 1913, zu erhalten. Diese Feststellungen ergeben das nachfolgende Bild. (Die Umrechnung von Braunkohle, Koks usw. auf Steinkohle erfolgte nach den von der Reparationskommission anerkannten Verhältnissen: 1 Tonne Koks = 4 Drittel Tonnen Steinkohle; 1000 Kg Braunkohle = 200 Kg Steinkohle; 2 Tonne Steinkohle = 9 Tonne Braunkohle; 1 Tonne Braunkohle = 2 Drittel Tonnen Steinkohle; 1 Tonne böhmische Braunkohle = 2 Drittel Tonnen Steinkohle.)

Deutschlands Förderung betrug i. J. 1913: 190 109 000 Tonne Steinkohle und 87 287 000 Tonne Braunkohle, umgerechnet auf Steinkohle zusammen 277 496 000 Tonne.

Die Förderung betrug 1913 in Millionen Tonnen: Steinkohle 10,54, Koks 0,593, Braunkohle 8,026, Braunkohle 0,121, böhmische Braunkohle 0,987.

Die Förderung betrug in Millionen Tonnen: Steinkohle 34,574, Koks 6,411, Braunkohle 2,303, Koks 0,06, Braunkohle 0,740. In Steinkohle umgerechnet, ergibt sich ein Aus-

fuhrüberschuß von 29 654 000 Tonne. Diese Menge abgesetzt von der deutschen Förderung von 209 494 000 Tonne, ergibt 179 840 000 Tonne, wozu der Bedarf Deutschlands im Jahre 1913. Dieser Bedarf war also durch die deutsche Förderung gedeckt zu 116,5 Prozent.

Um den Versorgungsstand Deutschlands in 1922 festzustellen, muß die Förderung aller Kohlenländer abgesetzt werden, die Deutschland verlor, und auf der anderen Seite von dem Verbrauch des Jahres 1913 der Verbrauch derjenigen Kohlenländer, die Deutschland abgetreten hat. Der letztere Verbrauch in 1913 betrug nach den Feststellungen der Reparationskommission in Millionen Tonnen: Elsaß-Lothringen 8,4, Saargebiet 7,3, Luxemburg 3,0, Polen 2,6, Böhmen und sonstige abgetretene Gebiete 1,5, zusammen 22,2 Mill. Tonne. Es betrug ferner der Verbrauch in Ost-Oberitalien 5 568 000 Tonne, der Braunkohlenverbrauch in den abgetretenen Gebieten 1,8 Mill. Tonne, das sind auf Steinkohle umgerechnet (zwei Neuntel) 229 000 Tonne, zusammen 31 057 000 Tonne.

Diese Menge von dem für 1913 ermittelten Verbrauch von 179 840 000 Tonne in Abzug gebracht, ergibt einen Jahresüberschuß von 148 783 000 Tonne. Das sind im Monatsdurchschnitt 12,4 Mill. Tonne für 1922.

Zur Ermittlung der Förderung für 1922 wurden die Monate Juli bis September herangezogen, weil Ende Juni das oberschleifische Grubengebiet an Polen abgetreten werden mußte. Dasselbe Gebiet wurde aber der Betrachtung der Kohlenlage der übrigen Länder zugrunde gelegt. In Deutschland betrug in dieser Zeit die Förderung an Steinkohlen 29 952 000 oder im Monatsdurchschnitt 9 984 000 Tonne, Braunkohlen 35 381 000 oder im Monatsdurchschnitt 11 794 000 Tonne. Braunkohle auf Steinkohle umgerechnet ergibt eine Monatsförderung von 2,605 Millionen Tonnen.

Von dieser Förderung sind abzusetzen zunächst die Reparationskohlenlieferungen. Sie betragen in dieser Zeit, auf Steinkohle umgerechnet 4 103 992 Tonne oder im Monatsdurchschnitt 1 367 697 Tonne.

Ferner sind abzusetzen die deutschen Lieferungen auf Grund von Staatsverträgen, die unter Zustimmung der Reparationskommission geschlossen sind, und die Mengen die auf Grund des Genie Uebereinkommens nach Belgisch-Oberitalien geliefert werden müssen. Diese Mengen betragen von Juli bis September, auf Steinkohle umgerechnet, 817 655 Tonne oder im Monatsdurchschnitt 272 552 Tonne.

Von der errechneten Förderung von monatlich 12 605 Mill. Tonne, sind also rund 1 610 Mill. Tonne abzusetzen, es verbleiben 10 995 Mill. Tonne, das sind von dem oben errechneten Verbrauch des jetzigen Deutschlands von monatlich 12,4 Mill. Tonne = 88,4 Prozent.

Man mag den Bedarfsüberschuß einschließlich Deputationskosten berücksichtigen, so stellt sich die Rechnung wesentlich ungünstiger. Dieser Verbrauch betrug in Deutschland 1913 6,4 Proz. der Förderung, 1922 dagegen etwa 12 Proz. Würde man diesen Verbrauch absetzen, so würde die der Selbstversorgungszufuhr für die eigentlichen Verbraucher auf 5,9 Proz. ermäßigen. Da aber bei den preussischen staatlichen Gruben der Selbstverbrauch gesunken statt gestiegen ist, da unser Verband nähere Angaben über diesen Selbstverbrauch auch nicht erhalten konnte, da ferner in anderen Ländern eine ähnlich starke Zunahme des Bedarfsüberschusses nicht stattgefunden hat, wollen wir diese Zahlen außer Berücksichtigung lassen. Daraus ergibt die Prüfung:

Der Kohlenbedarf Deutschlands war im Jahre 1913 durch eigene Förderung gedeckt mit 116,5 Proz., im Jahre 1922 nur mit 88,4 Proz. Der Versorgungsstand Deutschlands ist im Jahre 1922 auf 79,9 Proz. des Standes von 1913 gesunken.

Für die anderen Länder ergibt sich folgendes Bild:

Frankreich.
Der Kohlenverbrauch in Frankreich betrug in 1913 nach den Feststellungen der Reparationskommission 8 884 000 Tonne, die Förderung 40 714 000 Tonne. Der Verbrauch war durch eigene Förderung gedeckt mit 63,0 Proz. Für 1922 muß der Verbrauch Frankreichs von 1913 zugerechnet werden der Verbrauch von Elsaß-Lothringen (8 500 000 Tonne) und der Verbrauch des Saargebietes (3 600 000 Tonne), so daß der Verbrauch des jetzigen Frankreich auf der Basis der Zahlen von 1913 79 134 000 Tonne beträgt, das sind im Monatsdurchschnitt 6 594 000 Tonne.

Die Förderung Frankreichs einschließlich Lothringens betrug in den Monaten Juli bis September 1922: 7 910 000 Tonne, die Förderung des Saargebietes in der gleichen Zeit 2 992 000 Tonne, zusammen 10 902 000 Tonne.

An Reparaturonskohle hat Frankreich von Juli bis September 1922, auf Steinkohle umgerechnet, 2 745 000 Tonne.

Förderung und Reparationskohlen zusammen ergeben somit für die drei Monate Juli bis September 1922: 13 645 000 Tonne, das sind im Monatsdurchschnitt 4 548 000 Tonne.

Der Verbrauch nach den Zahlen für 1913 betrug 6 594 000 Tonne, er war somit gedeckt mit 69 Proz. Sonach war im Jahre 1913 der Verbrauch Frankreichs durch eigene Förderung gedeckt mit 63 Proz., im Jahre 1922 mit 69 Proz., das ist eine Steigerung auf 109,5 Proz.

Belgien.
Der Kohlenverbrauch Belgiens betrug nach den Feststellungen der Reparationskommission im Jahre 1913: 28 000 000 Tonne, die Förderung betrug 22 842 000 Tonne, der Verbrauch war somit durch eigene Förderung gedeckt zu 81,6 Proz.

Vom Juli bis September 1922 betrug die Förderung 5 084 000 Tonne, das sind im Monatsdurchschnitt 1 694 000 Tonne. (In den vorhergehenden Monaten war die Förderung höher, im März betrug sie 1 968 000 Tonne, im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1 756 000 Tonne; sie hatte damit die durchschnittliche Friedensförderung bereits überschritten.)

An Reparationskohlen erhielt Belgien in den Monaten Juli bis September 1922, auf Steinkohlen umgerechnet, 783 655 Tonne, oder im Monatsdurchschnitt 24 562 Tonne.

Förderung und Reparationskohlen zusammen betragen somit im Monatsdurchschnitt 1 639 000 Tonne.

Gefängniserrinerungen.

Die bisher geschilberten Episoden aus Gefängnissen waren Kleinigkeiten, die nur wegen ihrer humoristischen Seite erwähnenswert sind. Ich lernte aber das Gefängnis auch von anderer Seite kennen, wenn auch mein Temperament mich darüber verhältnismäßig leicht hinwegtrug. Die erste große Metallarbeiterausperrung 1903 fand mich in Jena, als einzigen Angehörigen der Arbeiterbewegung, als Arbeitersekretär. Seit Ende 1902 wuchs ein Streit aus dem anderen heraus bis die Unternehmung im Frühjahr 1903 alles auf eine Karte setzten und eine Gesamtpersperrung der Jenaer Metallarbeiter vornahmen, die sich auf fast 400 Männer und Frauen erstreckte. Wie habe ich größere Begeisterung und Tätigkeit in einem wirtschaftlichen Kampf gesehen, nie aber wurden auch an die Arbeitskraft eines Einzelnen größere Anforderungen gestellt, als damals an mich. Ueberall mußte ich sein. Frühmorgens zur Streikbesprechung an den Fabriken, immer den Gewerksamen ein Streikbroschüren bringend, gegenüber Versammlungen, einmal zwölf an einem Tage, für jede besetzte Fabrik einzeln, dann wieder auswärts auf dem Streikbesprechung, der immer etwas Affäre. Ein Wunder, daß ich noch meiner eigenen Konstitution und trotz dieser 29 Jahre nach neun Monaten Streit und Ausperrung noch zwischen Zusammenbruch erlitt. Wenn unsere gute Klassenjustiz nicht gewisser wäre, hätte ich wohl dauernden Gefängnisstrafen bedürftig gewesen. Denn mit 150 Mk Gehalt hätte man sich keine einflussreiche Person leisten können.

Aber es gab doch keinen schlimmeren Feind gegen die empfindlichste Behörde als mich, das mußte gerade werden, und so lapperte ich mir die Monate Gefängnis an. Drei Monate sah ich im Jenaer Gefängnis und es waren die reine Verdorbenheit für mich. Ein gläubiger Ich in der engen Zelle verdrückt werden zu sollen. Aber das vornehmliche Stück eines Verurteilten befehle mich, daß gewisse Zusammenbrüche mir durch eigenen eisernen Willen geholt werden können. Aber schwer war doch, den ersten Akt zu bejagen. Ich füllte! Aber Tage lang führte ich einen verzweifelten Kampf mit meinem Schicksal. Ich legte mich auf den Boden und ließ den Händen fallen, unwillkürlich meine Hände mit meiner Hüften und nahm mir fest vor, eine halbe Stunde sitzen zu bleiben. Ja, Aachen! Nach einigen Minuten konnte ich schon wieder in der Zelle herum! Nach acht Tagen hatte ich es doch fertig fertig gebracht, beständig lange liegen oder liegen zu bleiben. Von da an herrschte ich mein Gefängnis, so daß ich häufig gesund aus dem Gefängnis kam. Allerdings hatte ich auch nichts zu erbeuten. Selbstbeschäftigung wurde durch abgelehnt, dann aber doch genehmigt, nachdem der Gefängnisverwalter, ein Hofrat Amtsgerichtsrat, den Antrag lehrhaftig hatte. Außerdem war es damals schon in Jena üblich, daß Verwandte Freitags den Gefangenen Schwären bringen durften. Als meine Frau mich das erste Mal besuchte (und sie konnte vor lauter Weinen den Weg nicht mehr sehen), wußte sie von diesem Jenaer Brauch nichts und so trat sie den nachmittags zum zweitemal meinend den Weg zum Amtsgerichtsrat an, um die Erlaubnis zu nachmittägigen Besuch und zum Besuchen von Schwären zu erhalten. Für beide werden dem alten Herrn

nie die Rücksichtnahme vergessen, die er uns erwies. So bekam ich denn Freitags Bunt, Käse, Obst und sonst allerlei, so daß ich anderen Gefangenen ab und zu noch etwas zusammen lassen konnte. Nur Tabak und Zigarren durfte mir meine Frau nicht bringen, für diesen Fall hatte der Amtsgerichtsrat die Entziehung der Schwärenspenden angeordnet. Natürlich konnte ich meiner Frau nicht so lästig werden, daß sie dies Verbot übertretet das Essen, meinte sie, sei doch die Hauptsache. Aber der Stimmeln hatte ein Einziehen und fandete mir Klauenzug auf andere Weise. Der den Gefängnisern befand sich Schiffsappen, die gerade, als ich kam, durch Blindgas erlegt wurden. Ich sagte den Wauern, daß ich mich zu rauchen haben müßte, und als ich ein paar Stunden später meine Mittagspause hielt, wurde mich ein dumpfer Hall. Ein Palet mit einer Anzahl Zigarren, mehreren Paketen Tabak, einer Pfeife und Strichhölzern waren durch das Fenster geschossen gekommen. Kaum hatte ich mich von meiner Freude erholt, als ein weiteres Paket folgte. Es war so schwer, daß es unmöglich Tabak oder Zigarren entpacken konnte. Erleichternd wußte ich einige Meter Retraum aus dem Palet und erfuhr dann von den Wauern, daß die Metallarbeiter einer gegenüberliegenden Fabrik die mein Tomatöl erfahren hatten, zusammengepackt hatten, um mich nicht hungern zu lassen. Auch später bekam ich gelegentlich verschiedener Termine Zigarren, die ich mit einem Stück, einmal sogar von dem Wächter, der mich im Extrabüro nach Drogen transportieren mußte. Als Karl Legien und Karl Siegel mich einmal besuchten verband der letztere es ausgerechnet, mir die Tatsache einmal Zigarren zu praktizieren, während wir den Oberaufseher in ein lebhaftes Gespräch verwickelten. Nicht so geschäftig war ein anderer Kollege, der sich bei dem Besuch nicht traute, mir ein halbes Duzend Zigarren zuzufächeln. Als er fortging, fragte er im Vor, ob er mir ein Stück ein Bunt geben dürfe. Natürlich bejahte es der Oberaufseher, aber er sah sich das Patentrecht zunächst an und schickte den Freund mit einer Streichhölzer und seinen Zigarren nach Hause. Tagsüber konnte ich natürlich nicht rauchen. Das verbot ich bis spät abends wo ich das Schiffslos verbürge und auf dem Schmelz stand, stundenlang zum Fenster hinausschauen. Den Oberaufseher hatte ich im Vorbad, daß er um diese Uebertretung der Vorschrift wußte. Ein junger Aufseher wollte mich einmal erwischen, hatte aber Pech dabei. Ich hatte gerade die Zigarre durchs Fenster geworfen, als er eintrat mit der Behauptung, ich hätte geraucht er könne es riechen. „Das ist kein Wunder“, sagte ich, „denn Sie mit der brennenden Zigarre hier hineinkommen, daß Sie Zigaretten rauchen!“ Kleinlaut zog er ab.

Ein ganz besondere Nummer war der Gefängnisgärtner, ein Förster aus der Stadt. Dieser reichliche Herr war ein Sozialist, ein Arbeiter in groß und ließ keine Predigt ohne Herr gegen die Arbeiterbewegung vorbeigehen. Auch im Gefängnis machte er es so. Als mir andere Gefangene davon erzählten, beschloß ich, auch einmal den Sonntagsgottesdienst zu besuchen. Als wir in den Refektorium kamen, war der Gefängnisgärtner nicht da. Natürlich wurde geklopft, sobald der Aufseher den Hüden warnte. So lernte ich schließlich den „schwarzen Jungens“ kennen, die ein, zwei Jahre abzusitzen hatten. Als einer hörte, daß ich nur drei Monate habe, meinte er getuschelt: „Da sitzst du ab

ainen Tagen ab.“ Aus dieser Ueberzeugung konnte ich antworten: „Gau fühlst du ut.“ Als dann der Gefängnisgärtner, hatte ich Gelegenheit, den unerschämtesten Menschen zu studieren, der mir im Gefängnis Bekanntschaft gemacht war. Die ganze Predigt war gespickt mit nur mit Angriffen auf die Arbeiterbewegung, nein, mit persönlichen Epigrammen gegen mich, gegen die „Reher“, die das Volk ins Unglück trieben usw. Es war sehr schwer, ruhig zu bleiben, aber ich hoffte, daß ich später noch einmal Gelegenheit haben würde, mir diesen Potentatellen vorzuführen. Die Gelegenheit kam denn auch bald.

Wir hatten damals nur ein Kind, ein Mädchen von 1 1/2 Jahren. Es erkrankte sehr schwer, so daß die Ärzte es ausgaben. Ich bekam zwei Tage Urlaub, und wie durch ein Wunder setzte mit meinem Besuch eine ganz unerwartete Besserung ein, so daß das Kind in wenigen Tagen außer Gefahr war. Aber nun legte sich meine Frau, sie erkrankte schwer an Rheumatismus, eine Fehlgeburt kam hinzu, so daß sie nun in Lebensgefahr schwebte. Das waren doch böse Tage, wenn bei jedem Kopfschütteln das Bettelbündel das Bett bis in den Hals kloppte, weil man sich unwillkürlich fragte: Ist es nun wohl zu Ende? Aber es ging auch diesmal gut. Ich bekam, als es sehr schlimm stand, wieder Urlaub und blieb zwölf Tage zu Hause, bis meine Frau auf der Besserung war. Er hatte ich denn auch Gelegenheit zur Aussprache mit dem famosen Gefängnis. Mit meiner Frau hatte er ein glückliches Verbot, als das Kind krank war. Er war eines Tages gekommen und hatte sich teilnehmend nach unseren Verhältnissen erkundigt. Er wunderte sich sehr, daß meine Frau jede Unterstützung von ihm zurückwies, kam aber doch wieder, als er von der Erkrankung des Kindes hörte. Er fragte meine Frau, ob er das Kind mal sehen dürfte. Am Ende kniete er dann nieder und betete für das Kind und für die Eltern, die der liebe Gott auf den rechten Weg zurückführen möge! Das war nun meiner Frau denn doch zu bunt und sie unteilhaft nicht, ihm recht herbe die Meinung zu sagen. Er lenkte dann ein und bebaute meine Frau sehr. Als sie ihm antwortete, er solle lieber mich bebauen, der nicht bei keinem kranken Kinde sein könne, hatte der Reiz die Frechheit zu fragen: „Hat denn Ihr Mann das Kindchen auch lieb?“ Als meine Frau sich von ihrer momentanen Verblüffung über diese Frechheit erholt hatte, sagte sie ihm natürlich recht weislich darauf: Die Meinung, daß er sturköpfig die Wohnung verließ. Und b noch kam der Reiz wieder, als meine Frau krank lag. Ich hatte er nicht zu Hause vermutet. Ich hätte ihn gleich gern kettig durch die Tür geworfen, aber er war so anständig, entschuldigend er sich über das andere Mal, so daß ich in der Zelle mit ihm in eine Debatte kam. Ich schenkte ihm nichts, nicht seine Predigt und sein Verhalten gegen meine Frau. Aber er fiedte alles ein, verriet auch eine so bodenlose Unkenntnis unserer Bewegung, daß man ihn schließlich nur bemitleiden konnte. Als er endlich nach zwei Stunden ging, ver sprach er mir aus den Stimmeln in dem er sagte, er habe sich überzeugt, daß wir zu unserer Lebensauffassung aus ethischer Ueberzeugung händen und deshalb würde der liebe Gott den Willen für die Tat nehmen und es uns im jüngsten Tage nicht entgehen lassen. Gefallen mußte ihm aber die Debatte doch nicht haben, denn er ließ sich später nicht mehr sehen.

1922 folgende monatliche Teuerungszulagen zu zahlen: Witwen 4000 M., Waisen 2800 M., Waisen 1500 M., Halbwaisen 1000 M.

Weiter hat sich der Vorstand bereit erklärt, eine Begründungsbeihilfe zu zahlen und zwar: für Witwen 20.000 M., für Waisen 12.000 M. Man sieht: wo ein guter Wille ist, da kann auch geholfen werden.

Auch wurde in einer Sitzung des Vorstandes der Knappschaftlichen Anwaltskammer der Unterhändler Werke folgendes beschlossen: 1. den Grundlohn auf 1200 M. festzusetzen, so daß das Kronenlohn bei 60 Prozent des Grundlohnes 1080 M. beträgt; 2. das Sterbegeld auf den höchsten Betrag des Grundlohnes, also auf 1200 M. zu erhöhen; 3. den monatlichen Beitrag auf 200 M. zu setzen; 4. soll dieser Beitrag bereits ab 1. Dezember 1922 gezahlt werden und allen Anwalts ab 1. Dezember 1922 ein Zuschuß gewährt werden, der mit dem Kronenlohn den Betrag von 1080 M. ausmacht.

Brandenburger Knappschaftsverein.

Am 20. Januar fand im „Weißen Hof“ in Cottbus die Generalversammlung des Brandenburger Knappschaftsvereins statt. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Satzungsänderung, 2. Verschiedenes. Der Sachnachtrag 6a wurde von beiden Seiten einstimmig ohne jede Debatte angenommen. Bei Beratung des 7. Absatzes wurden bei der Verhandlung entscheidende Einmündungen eingefügt. Die Grundlöhne wurden: bis zu 1800 M. festgesetzt. Ferner wurde festgelegt, daß für die Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Klassen der wirtschaftliche Arbeitsverdienst maßgebend ist.

Um den schwandenden Geldverhältnissen Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, daß der Höchstbetrag für die kleineren Beihilfen auf das Vierfache des Grundlohnes der höchsten Beitragsklasse festgesetzt wird und daß die zur gleichen Höhe ein Zuschuß für größere Beihilfen gewährt wird. Entsprechend den neuen Bestimmungen wurde die Wochenhilfe geändert.

Das Sterbegeld beim Tode eines Mitgliedes muß den höchsten Betrag des Grundlohnes, mindestens aber drei Viertel des höchsten Sterbegeldes betragen. Die sachärztliche Behandlung wird unentgeltlich gewährt und von den Kosten der Kranen trägt der Knappschaftsverein neun Zehntel. Gleichfalls wurde beschlossen, daß der Betrag für kleinere Beihilfen auf den vierfachen Betrag des höchsten Grundlohnes erhöht wird. Als Wochenhilfe werden die im § 37 bestimmten Leistungen gewährt und das Wochenlohn beträgt 50, das Stillsitz 120 M. täglich.

Das Sterbegeld beträgt für eine Ehefrau drei Viertel des Sterbegeldes der höchsten Klasse, für ein Kind von 10-14 Jahren die Hälfte, von 5-10 Jahren ein Drittel, bis 5 Jahren ein Viertel und bei einer Totgeburt ein Zehntel des Sterbegeldes, wie es im § 33 festgesetzt ist.

Die Steigerungssätze für die Knappschaftspensionen sind in der Allgemeinen Mitteilung auf 8 M., in der Beamtenabteilung M. I auf 12,50 M., M. II auf 18 M. je Dienstwoche festgesetzt worden. Demnach sind im § 49 folgende Sätze für die Witwenpensionen festgesetzt: in der Allgemeinen Abteilung auf 5,40 M., in der Beamtenabteilung M. I auf 8,40 M., M. II auf 12 M. Das Waisengeld beträgt für die Halbwaisen monatlich 60 M. und für die Vollwaisen 120 M.

Das Sterbegeld eines Jünglings, einer Ehefrau oder Witwe wurde auf drei Viertel, für ein Kind von 10-14 Jahren auf die Hälfte, von 5-10 Jahren auf ein Drittel, bis zu 5 Jahren auf ein Viertel und bei einer Totgeburt auf ein Zehntel des höchsten Sterbegeldes erhöht. Die wohnsitzlichen Mitgliederbeiträge zur Pensionskasse betragen: in der Allgemeinen Abteilung 30 M., in der Beamtenabteilung M. I 60 M., M. II 90 M.

Die Knappschaftsämter stellen den Antrag, daß Streitfrage nicht als Unterbrechung gelten sollen. Der Vorstand verteidigt den Standpunkt, daß dieser Antrag auf der Generalversammlung nicht verhandelt werden könnte, weil er ihn in der Vorlage nicht aufgenommen habe. Dieser Standpunkt des Knappschaftsvorstandes muß auf einer irtümlichen Auffassung beruhen. Hoffentlich prüft man einmal die rechtliche Lage nach, so daß in Zukunft auch die Rechte der Knappschaftsämter bei Behandlung ihrer Anträge auf späteren Generalversammlungen nicht geschmälert werden.

Sobiel an Beiträgen gezahlt wird als in der Union pro Monat, müssen im Verband, zum Teilweisen unserer Organisation, Einschränkungen gemacht werden. Unsere Kameraden sehen aus der Beitragskomodie der Unionisten, wie es nicht gemacht werden darf.

Richtigstellung zum Fall Hornig auf Tremonta.

In der Notiz: Diebstahl auf den Gruben“ in Nr. 2 der „Bergarb.-Zeitung“ vom 13. Januar ist der Fall Hornig auf der Grube Tremonta erwähnt worden. Dazu ist folgendes zu verzeichnen: Es stimmt nicht, daß die Jugendverwaltung den Hornig nach dem Diebstahl der Magneten in Schutz genommen hat. Hornig ist, nachdem dieser Diebstahl entdeckt wurde, sofort entlassen worden. Der Entlassungsantrag des Betriebsrats, von welchem die Rede war, datiert einige Tage früher. Hornig hatte seinerzeit in der Grube eine Schlichterrolle bekleidet. Daraufhin stellte der Betriebsrat den Entlassungsantrag. Dem Hornig wurde seitens der Verwaltung anheimgestellt, zum Monatslohn zu kündigen, andernfalls er von der Verwaltung entlassen würde. Weil nun H. nach dem Vorfall in der Grube nicht sofort entlassen wurde, bildete sich in der Belegschaft die Ansicht, daß er von dem Betriebsführer Zielfeld in Schutz genommen wurde.

Chr. Wehr, Vorsitzender des Betriebsrats.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Solidaritätsgeld.

Auf der Gewerkschaftsfriede bei Hungen verunglückte am 2. Dezember 1922 der Verbandsvorstand Hugo Salla aus Steinheim durch Kohlenfall tödlich. Er war erst 29 Jahre alt und Ernährer seiner verwitweten Mutter. Die Belegschaft sammelte für die bedauernswürdige Mutter eine Spende von 46.000 Mark!

Cauter Schiefergebiet.

Auf Grund der Lohnverhandlung am 24. Januar vor dem tariflichen Schlichtungsausschuß in Corder a. Rh. unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters H. Nischel werden im Cauter Schiefergebiet im Januar folgende Mindestlöhne gezahlt:

Schieferhauer, Wäschhauer und Handwerker unter Tage pro Schicht 3600 M., Gehilfenunterhauer (Lauer und Walter) 3500 M. Die Gehilfenlöhne der Jurichter sowie der Lauer aller übrigen Arbeiter erhöht sich um 60 Prozent. Die sozialen Zulagen erhöhen sich auf 50 M. Hausstandslohn und 35 M. Kinderlohn.

Es hat lange gedauert, bis die Parole der Zentrale der Arbeitergebetenverbände, im Januar keine Erhöhungen der Löhne vorzunehmen, einer besseren Erkenntnis Platz machte. Hier am Rhein, dem schönen Flecken Erde, aber auch dem Land der krausen Gegensätze, wo die Unkunst der Zeit mit voller Macht auf die Arbeiterkraft drückt, hier wird denjenigen, die das Bollwerk Deutschlands bilden, schlecht gedankt.

In der Zählstelle Laubuschbach.

Im Laubuschbach treibt sich ein Beitragsrücker mit Namen Heinrich Ehrherum. Er tritt an die organisierten Verbandskameraden heran, um sie gegen die Verband- und Bezirksleitung aufzubringen, weil diese nicht für genügend hohe Löhne sorgen und die Verbandbeiträge zu hoch seien. Arbeiterleistungen dagegen sind bei ihm Höchstleistungen. Es scheint also ein gelber Witzkopf zu sein. Im Arbeiterverein führt er sich wohlher als zwischen aufrechten, organisierten Kameraden.

Wenn sich dieser Aus-Mensch nochmals an unsere Kameraden anknackeln will, so frage man ihn, ob er nicht so freundlich sein will und auf die Tarifverträge der Organisation Bescheid leisten? Wenn nicht, dann lage man ihm, daß er eine gelbe Schwarzhäuterei ist, die ernten will, wo andere säen. Was würde man mit einem Spitzbuben machen, der sich im Raubzins Garten - wo er nicht gelobt hat - Gemüse holt? Den Dintern verblühen natürlich! Die Tarifkommission verachte man meide ihren Umgang. Sie sind das Unkraut der Arbeiterbewegung.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Karl Hoppe †.

Im Abraumbetriebe der Grube v. d. Hecht verunglückte am 24. Jan. unser Kamerad Karl Hoppe tödlich. Er war ein Mitbegründer des sächsischen Bergarbeiterverbandes und gehört seit der Verschmelzung dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an. Seine Familie hat er für seine Organisation bestehen lassen und die wirtschaftlichen Verhältnisse bieten ihm bis ins hohe Alter an die Arbeitstelle gesichert. Jetzt hat er ausgekämpft. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung der Zählstelle Halle-Elb.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Einer, der's bestimmt besser machen wird!

Von der Sognizagrube schreibt uns ein Mitglied: Der kommunalist angehauchte Unionist und nebenbei auch polnische Nationalist Malinowski sagte in einer Delegiertenversammlung unserer Grube: „Der jetzige Betriebsrat taugt nichts, er vertritt nicht die einfachen Forderungen für uns durchzuführen. Man muß bloß den Gewerkschaftsführern auf den Kopf schlagen, dann wird es schon anders auf dieser Anlage. Mit der Verwaltung läßt sich vieles machen. Die Verweigerung ist berechtigt, Wochenzulagen zu zahlen, aber die verlustreichen Gewerkschaften, die sind dagegen. Natürlich müssen sich die Arbeitssammler organisieren, aber es hat keinen Zweck!“ Hier macht Malinowski einen tiefen Atemzug und fährt fort: „Es hat keinen Zweck, den Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten. Diese verstehen, den Arbeitern durch die hohen Beiträge nur das Geld abzuhöpfen. Darum hinein in die Union der Hand- und Kopfarbeiter!“ Dann formuliert er Forderungen und Resolutionen, nach denen die Verwaltung die Zahlung eines Weihnachtsvorschlusses sowie wöchentliche Lohnzahlungen vorzunehmen hat. „Er“ bildet „Kommunisten“, die den Betriebsrat seines Amtes entheben und neue Wahlen ausgeschrieben sollen. Selbstverständlich ist kein einziger der Anträge von ihm bis jetzt durchgeführt worden. Innerhalb drei Monaten, sobald er Obmann wäre, sei alles durchgeführt, sagte er.

Malinowski ahnte nicht, daß er schon in derselben Versammlung eine Probe seines Könnens als künftiger Obmann abzulegen hatte. Der Zufall wollte, daß ein Zimmerhauer 3. R. in einer etwas ungeschickten Weise gegen die Verhandlung der Arbeiter seitens verschiedener Beamten wehrte und daraufhin entlassen wurde. 3. R. ließ sich unglücklicherweise durch das selbstbewusste Auftreten seines unionistischen Kollegen Malinowski zu dieser Geschichte ermutigen in dem Glauben, daß R. ihm schon beistehen werde. Darin wurde er bitter enttäuscht. Es sind fast sechs Wochen her, ohne daß R. es fertig gebracht hätte, den Mann wieder in seine Arbeit zu bringen. Seine Entlassung erfolgte übrigens in Folge eines Mißverständnisses. Es war nicht von R. und der Union, der Verwaltung das Mißverständnis nachzuweisen und dafür zu sorgen, daß der Mann wieder in den Betrieb zurückkomme. Das brachte R. natürlich nicht fertig und selbst wenn er es könnte, so wird er es aus Liebe zur Verwaltung nicht tun. Weil er in Wirklichkeit gar nicht das ist, was er gern vor den Arbeitern hinstellen möchte. In den Verhandlungen hat er sich eingeführt mit schweren Beschimpfungen und Verleumdungen des Gewerkschaftsvertreters Grziotz. Sich selbst pres er als den Mann, der es fertig gebracht hat, daß auf der Friedensgrube, wo er als Obmann amtierte, die Beamten nach seiner Weise tanzen mußten. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Nicht die Beamten, sondern er tanzte nach der Weise der Beamten. Wir ist bekannt, daß die Verwaltung der Sognizagrube sich bei der Verwaltung der Friedensgrube über sein Verhalten erkundigt hat. Von dort wäre ihm das beste Zeugnis wegen seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender ausgehellt. Wir und noch ein anderer Belegschaftsmittgliedern ist es aber weiter bekannt, daß R. im Polenurlaub 1921 sehr gute Beziehungen zu den Injuranten hatte, wovon die Verwaltung jedoch nichts wußte. Auf seine Veranlassung wurden nicht nur Beamte, sondern auch Arbeiter der Friedensgrube mißhandelt und vertrieben. Kameraden, seht euch tiefen Helden näher an!

Polnisch-Oberschießen.

Betriebsratelotterie in Kattowitz.

Am 26. Januar fand in Kattowitz (Polnisch-Schlesien) ein Kongreß der in den fünf Verbänden der Arbeitssammlerschaft angeordneten Betriebsräte statt, welcher gut besucht war. Der Vorsitzende der Arbeitssammlerschaft, Kozik, von der Polnischen Berufsvereinigung, eröffnete die Sitzung und übergab dem ersten Redner H. K. die Polnischen Zentralverband das Wort zur Berichterstattung über das am 8. Januar getätigte Lohnabkommen. Als zweiter Berichterstatter sprach der Vertreter des christlichen Gewerkschafts, S. G. G., welcher über das zweite Lohnabkommen vom 17. Januar berichtete.

In der Diskussion wurden viele Klagen über die ungeheure Teuerung und das Mangel an polnisch-Oberschießen geäußert. Die Vertreter der polnischen Gewerkschaften mußten mancher wahrer Wort schaden, denn auch sie waren an den vielen Verhandlungen vor der Abstimmung für Oberschießen beteiligt. Alles, was damals der Arbeitssammlerschaft versprochen wurde, ist ausgeblieben und an Stelle dessen trat eine ungeheure Teuerung ein. Die Arbeiter, Diebe und Eindringler von ganz Polen überfluteten den Industriebezirk, und keine Wehrwehr, keine Polizei ist imstande, dieses Gesindel aus dem Industriebezirk zu vertreiben. Es wurden auch in der Diskussion Stimmen laut, wonach gefordert wurde, die Schieber-Cafés und Sotels in Kattowitz mit Gewalt zu räumen und die Arbeiter durch die Volksjustiz zu bestrafen.

Vor der Abstimmung beaupteten die polnischen Gewerkschaftsführer, daß aus Polen Lebensmittel zu sehr billigen Preisen angeführt werden könnten. Nun haben die Arbeiter ihre Winterfahrkarten aus Polen bekommen, welche nach Informationen 800 M. und darüber kosten sollen. Ueber 2000 Zentner sind unterwegs verkauft und erfroren. Die Eisenbahnbehörde verlangt 200 Millionen Mark Standgeld. Alles das soll dem Arbeiter angerechnet werden. Bis heute können die Arbeiter den richtigen Preis nicht erfahren. Es werden vom Lohn Abzüge für Kartoffeln gemacht, ohne den Preis anzugeben. Viele Klagen wurden auch über schlechte Deputationslohn geführt. Unter den Anwesenden war eine starke Streikstimmung bemerkbar. Unter den Betriebsräten ist aber noch viel Seufzung notwendig. Diese Rückständigkeit ist auf die Verbannung während der Reichslosigkeit zurückzuführen. Auf Grund dessen ist auch eine neue christlich-sozialistische Arbeiterorganisation in Polnisch-Schlesien ins Leben gerufen worden. Der geistige Leib dieser Organisation ist der frühere Vorsitzende der Poln. Berufsvereinigung, Herr Solinski, welcher im Jahre 1913 die obersteinsten Bergarbeiter so lang drei Wochen lang im Streik geführt hatte, daß er darauf abgesetzt wurde.

Saargebiet.

Der Streik im Saargebiet.

Unser Verband hielt am 28. Januar im Ludwigspark in Saarbrücken eine außerordentliche Revisorkonferenz ab, welche zu der abnehmenden Haltung der französischen Generaldirektion in der Lohnfrage Stellung nahm.

Nachdem Bezirksleiter Hettlich die Konferenz mit dem Hinweis auf die erste Lage eröffnete, gab Bezirksleiter Schwarz einen ausführlichen Bericht über die Gründe der Tarifkündigung, der Betriebsverhältnisse der Saargruben nach Maßgabe der Bergwerksdirektion, als auch über die Marktlage auf dem Kohlenmarkt. An Hand der Teuerungszulagen, besonders der Einführung des Quanten, welcher im Saargebiet fortkünftige Verhältnisse geschaffen hat, als auch der geringen Entlohnung der Bergarbeiter anderen Berufen gegenüber, welche ebenfalls trotz höherer Löhne mit dem Dasein kämpfen müssen, sei die abnehmende Haltung der französischen Generaldirektion unverständlich. Nachdem im Saargebiet keine Schlichtungsausschüsse mit verbindlichen Befugnissen bestehen, obwohl die freien Gewerkschaften seit Antritt der Regierungskommission solche forderten, bleibt der Bergarbeiter zur Erringung eines auskömmlichen Lohnes nur das letzte gewerkschaftliche Mittel übrig.

Nach kurzer Aussprache, in welcher aus jedem der sechs Verbandsbezirke ein Redner zu Wort kam, beschloß die Konferenz in namentlicher Abstimmung einstimmig mit allen 108 Stimmen der Delegierten den Streik der 5. Februar bestimmt.

Nachfolgender Antrag fand einstimmige Annahme:

„Die am 28. Januar 1923 im Ludwigspark in Saarbrücken tagende Revisorkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschloß nach Kenntnisnahme der abnehmenden Haltung der Generaldirektion der Saargruben in der Lohnfrage den Streik. Die Konferenz fordert die Bezirksleitung auf, im Einvernehmen mit den anderen Vertragsorganisationen, bis spätestens Montag, den 5. Febr., die Saarbergarbeiter aufzufordern, die Arbeit einzustellen. Die Konferenz betont, daß dieser Streik kein politischer, sondern in der Ablehnung der berechtigten Lohnforderung begründet ist.“

Auch eine Konferenz des christlichen Gewerkschafts hat Festscheidungen zufolge am gleichen Tage den Streik für das Saargebiet zum 5. Februar beschlossen.

Der Streik im Saargebiet wurde eingeleitet mit folgendem Aufruf:

An die Belegschaften der Saargruben!

Die unterzeichneten Organisationen hatten angesichts der wachsenden Teuerung im Dezember auf Wunsch ihrer Mitglieder den Tarifvertrag zum 15. Januar 1923 gekündigt und die Bergwerksdirektion um Verhandlungen zwecks Lohnerhöhungen gebeten. Die Bergwerksdirektion hat in Verhandlungen am 13. und 16. Januar die Erhöhung der Löhne abgelehnt. Die Funktionäre der unterzeichneten Verbände haben sich seit dem 16. Januar eingehend mit der augenblicklichen Lage beschäftigt und nach reiflicher Überlegung den Streik zum 5. Februar beschlossen.

Wir fordern die gesamte Belegschaft der Saargruben auf, dieser Parole Folge zu leisten und ab 5. Februar reiflos der Arbeit fernzubleiben. Für die erforderlichen Kostenaufschreibungen werden von den Organisationen heute bestimmt und erhalten diese einen entsprechenden Ausweis. Wir haben die Regierungskommission ersucht, von Entsendungen von Polizei- und Militärangehörten Abstand zu nehmen, da wir selbst für Ordnung im Revier sorgen werden.

Wir ersuchen deshalb die Belegschaft, Ruhe zu bewahren und den Befehlen der Organisationen in jeder Beziehung Folge zu leisten. Durch Einmütigkeit und Geschlossenheit werden und müssen wir unser Ziel erreichen. Darum hoch die Solidarität!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Schwarz, Hettlich. — Christlicher Metallarbeiterverband. Fritz Ruhnen, Peter Kleber. — Deutscher Metallarbeiterverband. Bod. — Christlicher Metallarbeiterverband. Otto Piel.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 6. Woche (vom 4. bis 10. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bühnerrevue.

Stadler I. Vom 11. bis 28. Februar.

Friedendorf. Bis zum 15. Februar.

Krankengeldauszahlung.

Dülmen. Beim Kameraden Franz Ludwig, Dortmund, Straße.

Rechtslehre.

Gattingen. Infolge Einquartierung im bisherigen Lokale findet die Sprechstunde des Arbeitersekretariats von jetzt ab jeden Samstag, nachmittags von 3 1/2 - 5 Uhr im Bezirksbureau des Bergarbeiterverbandes in Gattingen, Bahnhofstraße 34, statt.

Das Mitglied Hermann Löhner (Haupt-Nr. 114422), Zahlstelle Langendreer I, ist wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts aus dem Verbanne ausgeschlossen.

Achtung Knappschaftsälteste!

Am Sonntag, den 10. Februar 1923, nachmittags 2 Uhr, findet eine Knappschaftsältestenkonferenz von Deutsch-Oberschießen im Gewerkschaftshaus in Beuthen (früher U.) statt. Tagesordnung: Vorschläge zur Satzungsänderung und Vorschläge zur Verzeihung.

Widerauf! Die Zeitung, die ich gegen den Bergmann Nikolaus Lauch, er sei ein Arbeiterverräter, gemacht habe, nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwarhaft zurück. Saarwäldchen, 21. Januar 1923. Peter Wamian.



Aus dem Kreise der Kameraden.

Seilfahrtunglück.

Auf Rote Kaiserstuhl II in Dortmund ging am 31. Jan. abends, bei der Seilfahrt der Nachtschicht im Wetterschacht der Koh mit 9 Mann durch. Die einsetzende Dampfbremse verursachte das plötzliche Herunterfallen des Förderkorbes. Durch den Sturz wurden acht Mann zum Teil schwer verletzt, einer blieb unverletzt. Doppelte Seilbrüche, Seilknüppelbrüche und Wirbelsäulenbrüche sowie innere Verletzungen sind bisher konstatiert worden. Die Bergbehörde, die sofort die Sache untersuchte, konnte bisher eine Schuld noch nicht feststellen. Hoffentlich ergibt die weitere Untersuchung eine genaue Feststellung der Ursache dieses Unfalls. Die Verletzten sind ohne Ausnahme Familienväter.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Das Gelsenkirchener „Uebel“.

genannt Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“, fräumt sich weiter mit dem perfiden Wurm im Leibe. Die Rebellen um Partialis herum hat man ausgelesen und um soviel mal Ruhe zu bekommen, hat man auch den „Kassierer“, entböhnt. Daraus zeugt folgendes Rundschreiben:

„An die Kassierer der Ortsgruben, Schacht- und Betriebskassen!

Werte Genossen! Laut Bericht der Bezirkswirtschaftsräte am 21. Januar 1923 wurde der Kassierer für Rheinland und Westfalen, der Genosse Gornici, seiner Funktion entböhnt. Sämtliche Zahlungsmittel, wie Abrechnungen und Kontozahlungen sind an den Genossen Kaiser, Gelsenkirchen, Weidenstraße, zu richten.

Das bestehende Postkontokonto auf den Namen des Genossen Gornici ist somit ungültig. Es dürfen auf dieses Konto keine Gelder mehr eingezahlt werden.

Mit Unionaruch!

Bezirksleitung Rheinland und Westfalen. J. A. Zäbing.“

Dah dieser Gornici infolge der Unwirtschaftlichkeit in der Union seiner Funktion „entböhnt“ wurde, wird nicht gesagt. Obwohl wir gegen diesen „Kassierer“ wiederholt die Schriften der Vorstände bezüglich seiner Passenföhrung erhoben haben, hat er sich nicht geschümezt. Bereits auf dem Kongreß in Halle kniff er wie ein Schulbube, indem er auf die Frage der Delegierten, warum er die „Bergarb.-Ztg.“ nicht verfolge, antwortete: „Gewiß, die „Bergarb.-Ztg.“ hat mich beleidigt, aber ich kann nicht mehr klagen, weil die Schrift beschränkt ist!“ Seine Kampagne in der Geschäftsleitung bedarf diese kindische Ausrede mit neuen noch blöderen Schwindelstücken. Wir verweisen auf den „Bühnerrevue“ usw. Wenn Gornici jetzt auch „entböhnt“ sei, seine Kampagne werden ihn nicht fallen lassen, das wäre zu gefährlich. Wir werden bei den nächsten Gerichtsverhandlungen mit den Union„bongern“ abrechnen.

Die Wohnbeiträge der Union.

sehen nach den letzten Beschlüssen der Beitragskommission wie folgt aus: Klasse I 20 M., Klasse II 200 M., Klasse III 100 M. Obwohl die Neue Gewerkschaftsinternationale verschiedene Ausgaben der Union best, geht der Wille aus allen Rigen heraus. Der Beschluß einer Unterbezirkskonferenz Gelsenkirchen (nach einem Birkural des Unterbezirksleiters Baffel) lautet:

„Da die Organisation in eine Finanzlamille geraten ist, sind 50 Prozent sämtlicher Schachtelzettel abzuführen. — Die Betriebsorganisationen haben sich verpflichtet, 20 M. monatlich an den Unterbezirksleiter abzuführen zur Beileuchtung der Geschäfte im Unterbezirk.“

Diese Schachtelzettel bilden die sogenannten Kampfbonds der Union. In allgemeinen ist aber auch dort gähnende Leere und es wird nicht viel herauskommen. Mit den obigen Beiträgen kann heute keine Organisation auskommen. Obwohl im Bergarbeiterverband wohnsitzlich ist